

Allgäu®



Oberallgäu

Landkreis

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

für den Landkreis Oberallgäu

Anlage 6:
Dokumentation der Expertenworkshops



Herausgeber:

Landkreis Oberallgäu
Landrätin Indra Baier-Müller
Oberallgäuer Platz 2
87527 Sonthofen
Telefon: 08321 / 612 - 0
Telefax: 08321/ 612 - 369
Internet: www.oberallgaeu.org

Ansprechpartner:

Landratsamt Oberallgäu
Fachstelle für Senioren
E-Mail: seniorenamt@lra-oa.bayern.de

Zusammenstellung und Bearbeitung durch:

Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern

Arbeitsgruppe für Sozialplanung
und Altersforschung (AfA)

Sabine Wennig
Brigitte Herkert

Spiegelstraße 4
81241 München
Telefon: 089 / 896 230 - 44
Telefax: 089 / 896 230 - 46
E-Mail: info@afa-sozialplanung.de

Institut für Sozialplanung, Jugend- und
Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik
(SAGS)
Christian Rindsfüßer

Theodor-Heuss-Platz 1
86150 Augsburg
Telefon: 0821 / 346 298 - 0
Telefax: 0821 / 346 298 - 8
E-Mail: institut@sags-consult.de

Augsburg und München, März 2020

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

für den Landkreis Oberallgäu

Anlage 6: Dokumentation der Expertenworkshops

Inhaltsverzeichnis

Einführung	2
Programm	2
Begrüßung	3
1. Grundlagen und Handlungsfelder des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes	3
1.1 Demographische Entwicklung sowie Ergebnisse aus der Pflegeversicherungsstatistik und zur Bürgerbefragung	4
1.2 Einführung in die Arbeitsgruppen	7
2. Ergebnisse der Arbeitsgruppenphasen.....	8
2.1 Wohnen und Umfeld	8
2.1.1 Handlungsfeld Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung	8
2.1.2 Handlungsfeld Wohnen zu Hause	10
2.1.3 Handlungsfeld Mobilität	13
2.2 Soziales	16
2.2.1 Handlungsfeld Präventive Angebote	16
2.2.2 Handlungsfeld Gesellschaftliche Teilhabe	19
2.2.3 Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement	21
2.2.4 Handlungsfeld Finanzielles Risiko im Alter	24
2.3 Unterstützung und Pflege	27
2.3.1 Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit	27
2.3.2 Handlungsfeld Betreuung und Pflege	30
2.3.3 Handlungsfeld Unterstützung für pflegende Angehörige/ Angebote besondere Zielgruppen	34
2.3.4 Handlungsfeld Hospiz- und Palliativversorgung.....	37
2.4 Querschnittsthema	39
2.4.1 Handlungsfeld Vernetzung und interkommunale Zusammenarbeit.....	39
3. Impressionen aus den Workshops	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Erarbeitung eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts

Dokumentation Workshop I

„Älter werden im Landkreis Oberallgäu – Zur Zukunft der Seniorenarbeit“



Organisation/Leitung:

Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern

Arbeitsgruppe für Sozialplanung
und Altersforschung (AfA)

Sabine Wenng, Brigitte Herkert
Spiegelstr. 4
81241 München
Tel.: 089/89623044
info@afa-sozialplanung.de

Institut für Sozialplanung, Jugend-
und Altenhilfe, Gesundheitsforschung
und Statistik (SAGS)
Christian Rindsfüßer,
Theodor-Heuss-Platz 1
86150 Augsburg
Tel.: 0821/3462980
institut@sags-consult.de

Einführung

Zur Erarbeitung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes für den Landkreis Oberallgäu führte die Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern zwei Workshops mit Titel „Älter werden im Landkreis Oberallgäu – Zur Zukunft der Seniorenarbeit“ durch. Dazu eingeladen wurden Akteure der Seniorenarbeit aus dem Landkreis Oberallgäu. Der erste Workshop fand am 07. Oktober 2019 im Haus Oberallgäu in Sonthofen statt. Der Zweite wurde am 04. November 2019 im Pfarrhaus Immenstadt veranstaltet. Insgesamt nahmen 82 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beiden Workshops teil.

Programm

Begrüßung

Ralph Eichbauer, Leiter der Abteilung Mensch und Gesellschaft im Landratsamt Oberallgäu/
Landrat a. D. Anton Klotz
Helen Schmidmeier, Fachstelle für Senioren

Einführung in die Grundlagen und Handlungsfelder des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes

Frau Sabine Wennig/Frau Brigitte Herkert
Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung



Demographische Entwicklung sowie Ergebnisse aus der Pflegeversicherungsstatistik und zum Thema Altersarmut für den Landkreis

Christian Rindsfüßer, Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik

Einführung in die Arbeitsgruppen I

Sabine Wennig/ Brigitte Herkert, Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung

Arbeitsgruppenphase I

Vorstellung der Ergebnisse aus Runde I

Mittagspause

Einführung in die Arbeitsgruppen II

Sabine Wennig/ Frau Brigitte Herkert, Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung

Arbeitsgruppenphase II

Vorstellung der Ergebnisse aus Runde II

Bewertung der Ergebnisse durch die Teilnehmer/innen (Klebepunkte)

Ausblick und Verabschiedung

Begrüßung

Die Begrüßung übernahm am ersten Workshop-Tag Ralph Eichbauer, Leiter der Abteilung Mensch und Gesellschaft im Landratsamt, am zweiten Workshop-Tag Landrat a. D. Anton Klotz. Dabei benannten beide als Ziel, ausgewählte Handlungsfelder miteinander zu diskutieren und erste Maßnahmen für die Seniorenpolitik im Landkreis Oberallgäu zu erarbeiten. Sie bedankten sich für die zahlreiche Teilnahme und richteten ihren Dank vor allem an die beteiligten Kreisrätinnen und Kreisräte.

Die Erarbeitung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes für den Landkreis Oberallgäu sei ein Prozess, welcher Dynamik und auch Beteiligung braucht. In Workshops wie diesen könne man viele Initiativen und Zuständigkeiten und fachliche Interessen einbringen und somit auch mitgestalten, in welche Richtung die „zukunftsorientierte Seniorenarbeit im Landkreis Oberallgäu“ weiter gehen soll.

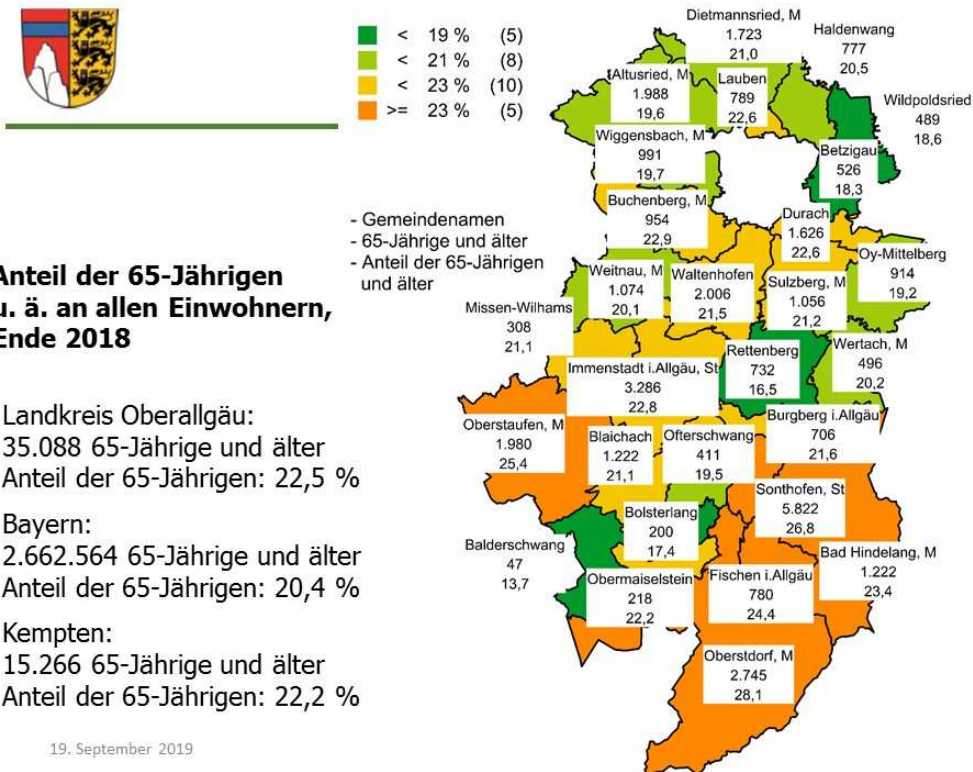
Auch mit der Unterstützung durch einen externen Partner, der Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern, sei man auf einem guten Weg, einen Mehrwert aus dem Planungsprozess zu ziehen. Das Ergebnis wird ein Seniorenpolitisches Gesamtkonzept sein, welches nach Kräften in die Praxis umgesetzt werden soll. Helen Schmidmeier (Fachstelle für Senioren des Landkreises Oberallgäu), dankte allen Beteiligten, auch im Namen des gesamten Bearbeitungsteams, für die Beteiligung an den Workshops, Recherchen, Erhebungen und Interviews.

1. Grundlagen und Handlungsfelder des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes

Die Vorstellung der „Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern“, des Tagesablaufes sowie der Grundlagen und Handlungsfelder des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes übernahm Sabine Wenng bzw. Brigitte Herkert von der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung. Sie betonten, dass man bei der Erarbeitung von Maßnahmen im Bemühen um konkrete und umsetzbare Ideen sei. Das zu erarbeitende Seniorenpolitische Gesamtkonzept gebe den Rahmen, die Umsetzung werde auf Landkreisebene geschehen, aber auch in den Kommunen vor Ort. Die Maßnahmenempfehlungen und deren Umsetzung orientieren sich nicht nur an den erhobenen Zahlen und Fakten, sondern auch an den sogenannten Altersbildern (einerseits das aktive Alter, aber auch die Phase einer Bedürftigkeit) und der Frage „Was wollen die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Oberallgäu?“. Die konkrete Situation vor Ort und die Mentalität der Menschen im Landkreis spielen zudem eine wesentliche Rolle.

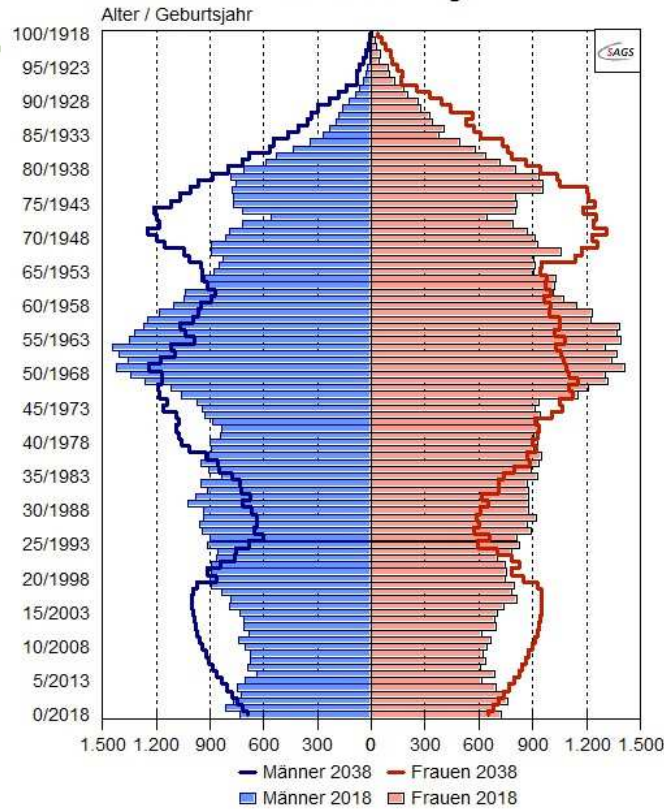
1.1 Demographische Entwicklung sowie Ergebnisse aus der Pflegeversicherungsstatistik und zur Bürgerbefragung

Christian Rindsfüßer (Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik) stellte die demographische Entwicklung, ausgewählte Ergebnisse aus der Pflegeversicherungsstatistik sowie Ergebnisse der Bürgerbefragung für den Landkreis Oberallgäu vor (Nachfolgend: Folienauswahl der Präsentation).





Bevölkerung im Landkreis Oberallgäu
2038 im Vergleich zu 2018 (jeweils Jahresende),
Modell mit Wanderungen



19. September 2019

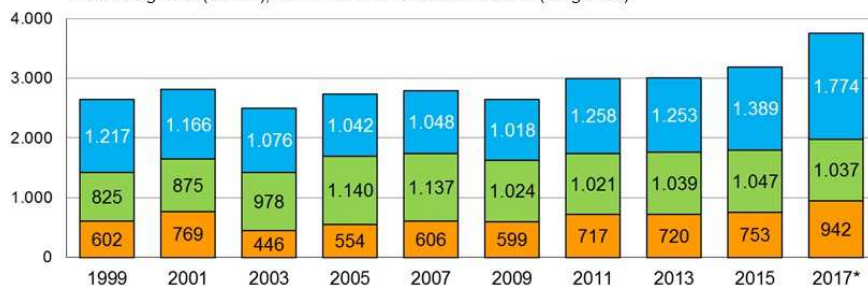
16



Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern
Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA) & Institut für Sozial-
planung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS)



Entwicklung der Zahl der Empfänger/innen von
Pflegeversicherungsleistungen im Landkreis Oberallgäu 1999 – 2017
Entwicklung in % (Tabelle), 1999=100% bzw. absolute Zahlen (Diagramm)



Leistungs- empfänger/innen insgesamt absolut	2.644	2.810	2.500	2.736	2.791	2.641	2.996	3.012	3.189	3.753
Leistungs- empfänger/innen insgesamt in %, 1999=100%	100%	106%	95%	103%	106%	100%	113%	114%	121%	142%

■ Ambulant & Teilstationär ■ Vollstationär ■ Pflegegeld

*) Personen, die Pflegegrad 1 haben und teilstationäre Pflege beanspruchen, werden grundsätzlich dem Bereich ambulant und teilstationär zugeordnet. Im Landkreis Oberallgäu lag die Fallzahl Ende 2017 bei 2.

19. September 2019
SAGS 2019 nach Daten des Bayerischen Landesamtes für Statistik

21

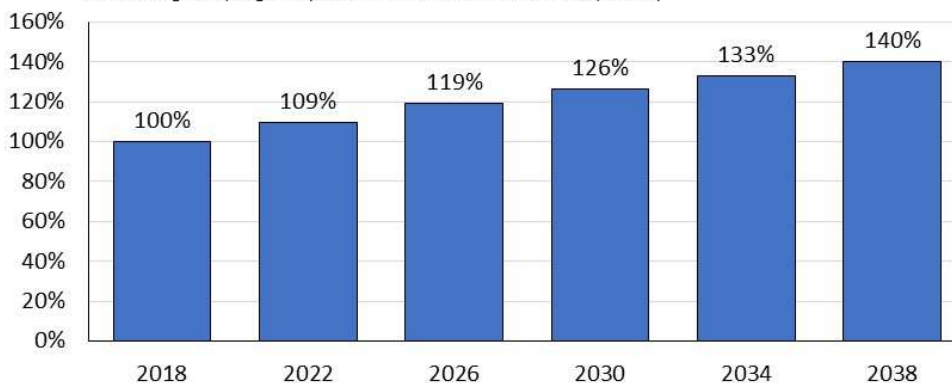


Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern
 Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (Afa) & Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS)



Schätzung des Bedarfs an Pflegeleistungen (alle Leistungsarten) für den Landkreis Oberallgäu 2018–2038 auf der Basis regionaler Inanspruchnahmequoten

Entwicklung in % (Diagramm), 2017 = 100% bzw. absolute Zahlen (Tabelle)



Landkreis Oberallgäu	2018	2022	2026	2030	2034	2038
	3.824	4.182	4.548	4.828	5.082	5.349

Quelle: SAGS 2019, Schätzung auf Basis der Pflegestatistik des Bayerischen Landesamtes für Statistik (Ende 2017).

19. September 2019

24

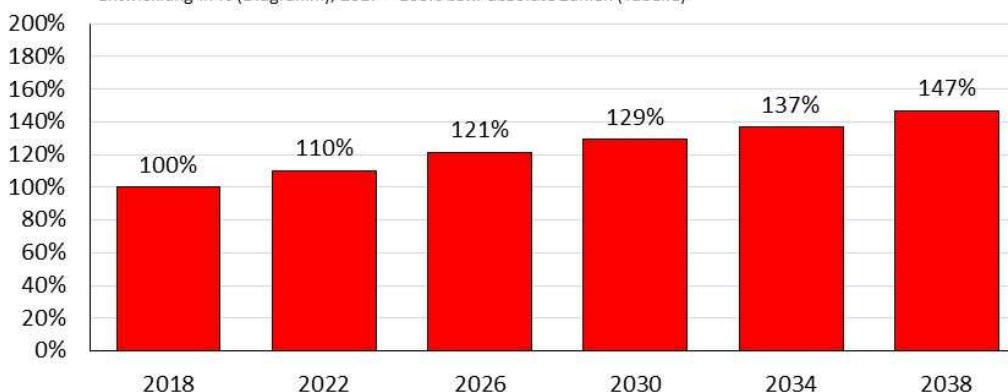


Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern
 Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (Afa) & Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS)



Prognose der Zahl an Demenz Erkrankter im Landkreis Oberallgäu 2018–2038 auf der Basis von GKV-Prävalenzraten

Entwicklung in % (Diagramm), 2017 = 100% bzw. absolute Zahlen (Tabelle)



Landkreis Oberallgäu	2018	2022	2026	2030	2034	2038
	2.566	2.831	3.116	3.314	3.513	3.764

Quelle: SAGS 2019, Schätzung auf Basis der Pflegestatistik des Bayerischen Landesamtes für Statistik (Ende 2017).

19. September 2019

28

1.2 Einführung in die Arbeitsgruppen

Im Anschluss folgten die Arbeitsgruppen-Phasen, deren Ergebnisse nachfolgend dargestellt sind. Es wurden jeweils vor- und nachmittags parallel drei Themen besprochen.



Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern
Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA) & Institut für Sozial-
planung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS)



Diskussion in den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen I vormittags

- Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung
- Betreuung und Pflege
- Gesellschaftliche Teilhabe

Arbeitsgruppen II nachmittags

- Hospiz- und Palliativversorgung
- Mobilität
- Vernetzung und interkommunale Zusammenarbeit

Workshop II 04.11.2019

- Wohnen zu Hause
- Bürgerschaftliches Engagement
- Unterstützung pflegender Angehöriger / Angebote für besondere Zielgruppen
- Präventive Angebote
- Beratung/Information
- Finanzielles Risiko im Alter

2. Ergebnisse der Arbeitsgruppenphasen

2.1 Wohnen und Umfeld

2.1.1 Handlungsfeld Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Musterbeispiel für Quartierskonzept (Krumbach, Vorarlberg)
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Nicht nur ein Konzept für eine Gemeinde, sondern auch Teilkonzepte für Dörfer - Gruppenübergreifende Konzepte, zum Beispiel zur Barrierefreiheit - Bürokratieabbau oder: mehr Mut für unkonventionelle Lösungen (1 Punkt)
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Mehr Toiletten für die Öffentlichkeit → in den Gemeinden → nette Toilette (3 Punkte) - Entwicklung im Inneren verstärken statt Wachsen in die Fläche → insbes. Wohnentwicklung - Konzept für Barrierefreiheit* (*im Einzelfall auch barrierearmer Standard) für Jung bis Alt in <u>jeder</u> Gemeinde - Bedarfsgerechte ergänzende Bebauung in den Quartieren, →Barrierefreiheit, →Bezahlbarkeit, → auch zur Miete (5 Punkte) - Orte der Begegnung → Bedarf: prüfen: → sichern, → schaffen, Für alle Generationen (5 Punkte) - Nahversorgung sichern (2 Punkte) - Strategie entwickeln, um Gemeinden zu „aktivieren“
Regionale Besonderheiten	<ul style="list-style-type: none"> - Wenig Bewusstsein von Seiten der Stadt- und Gemeinderäte für Barrierefreiheit der Senioren
Leitgedanken zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Rahmenbedingungen für selbstbestimmtes Wohnen optimieren (5 Punkte)

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Ziel muss eine **integrierte Orts- und Entwicklungsplanung** sein, welche die Bedürfnisse älterer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Als Best-Practice-Beispiel wurde das Quartiersprojekt in der Gemeinde Krumbach in Vorarlberg benannt.

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept soll Vorschläge und Maßnahmen für die Orte, aber auch für Gemeindeteile (Quartiere/Sozialräume) benennen, die von den Kommunen umgesetzt werden können. Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept berücksichtigt neben den Anliegen der älteren Bürgerinnen und Bürger auch generations- und gruppenübergreifende Themen wie etwa die Barrierefreiheit.

Von den Teilnehmenden wurde Bürokratieabbau und Mut für unkonventionelle Lösungen bei Entscheidungen in der Orts- und Entwicklungsplanung gefordert.

Als eine konkrete Maßnahme für „Seniorenerechtigkeit“ wurde der Bedarf an mehr Toiletten im öffentlichen Raum benannt. Ein Beispiel hierfür ist das bekannte Programm „Nette Toilette“, welches öffentlich zugängliche WCs durch ein einheitliches Piktogramm kennzeichnet.

Wichtig ist den Mitdiskutierenden die Stärkung der Innenentwicklung der Orte. Dies wirkt auch einem Wachstum in die Fläche entgegen. Bestehende Freiflächen und Häuser sollen der Wohnentwicklung dienen, was zudem die Attraktivität der Ortskerne/Innenstädte und somit auch den lokalen Einzelhandel unterstützt.

Um das „Wohnen bleiben zu Hause“ zu stärken, bedarf es einer Nahversorgung am Ort.

Es braucht dahingehend Konzepte für die Barrierefreiheit der Kommunen, von der „Jung bis Alt“ profitieren. Bedarfsgerechte, ergänzende Bebauung in den Orten soll barrierefrei und bezahlbar sein und zudem nicht nur als Eigentum, sondern auch zur Miete angeboten werden. Die Teilnehmenden finden es wichtig, in jeder Landkreismunicipalitate Orte der Begegnung zu haben, um die gesellschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger aller Generationen zu stärken. Die Bedarfe sollen hierzu geprüft, gesichert bzw. falls nötig neu in jeder Gemeinde des Landkreises Oberallgäu geschaffen werden.

Es ist eine Strategie notwendig, mit der Gemeinden zum aktiven, nachhaltigen Handeln motiviert werden, um für ein seniorenrechtliches Umfeld zu sorgen.

Leitgedanke zum Handlungsfeld: Rahmenbedingungen für das selbstbestimmte Wohnen ist zu optimieren.

2.1.2 Handlungsfeld Wohnen zu Hause

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Beratungsstelle Barrierefreiheit 1x im Monat in Kempten - <u>Wohnungsunternehmen</u> beschäftigen sich mehr mit Wohnberatung - Wohnbaugesellschaft → bauen für die Zukunft (z. B. SWW) → barrierefrei - Wohnungstausch SWW (wenig angenommen) - <u>Kundenbefragung SWW</u> - Beratungsangebote auch auf dem Land - <u>Projekt</u> Wahlfamilie - <u>Heute:</u> Artikel in der Zeitung (1 Punkt)
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - <u>Ziel:</u> Seniorengerechtes Wohnen → Beschäftigung mit dem Thema - Wohnberatung → Aufbau eines Projektes, (zu wenig bekannt → Hausbesuche, Beratung vor Ort notwendig,) (2 Punkte) - Vorsorge jedes Einzelnen - Leben auf dem Land – Mietalternativen - Handlungsspielraum – im Notfall (1 Punkt) - Geförderter Wohnraum fehlt – auch auf dem Land (3 Punkte)
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Öffentlichkeitsarbeit (5 Punkte) - Überblick - Marketing - „Präventiv“ aktiv werden! - Beratungsangebote → Transparenz für Bürger (2 Punkte) - <u>Neue Projekte:</u> Betreutes Wohnen - Alternative Wohnformen (5 Punkte) - Kommunen sensibilisieren → Wohnen im Alter! (3 Punkte) - Vergabe-Vorrang nach „Konzept“ (2 Punkte) - Informationsmaterial / Gespräche - Vorträge / Veranstaltungen (2 Punkte) - Informationen für „Bauwillige“ (1 Punkt) - Internet z. B. <u>Kommunen</u> → Links
Leitgedanken zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Flächenlandkreis → Wohnen bleiben im Quartier - Nachhaltigkeit sichern

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Ein tagesaktueller Artikel der örtlichen Zeitung bot Anknüpfungspunkte zum Thema Wohnberatung und Wohnungsanpassung und belegte gleichzeitig die Bedeutung von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind sich einig, dass das Wohnen bleiben in der bisherigen Wohnung dem Wunsch der meisten älteren Landkreisbürgerinnen und -bürger entspricht und dass dieser unterstützt werden müsse.

Von der Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer war die zuständige Architektin Frau Stefanie Schleich anwesend. Sie berichtet von regelmäßigen Sprechstunden zum barrierefreien Bauen in Kempten, eine aufsuchende „Wohnberatung“ sei jedoch in der Regel damit nicht verbunden. Frau Herkert erläutert, dass es derzeit drei „zertifizierte Wohnberater“ in der Region gibt, zwei sind in einer Trägerschaft, einer Selbständig im Rahmen seiner Betreuungstätigkeit. Bei der Unterstützung finanzieller Fragen zum Umbau sowie zu Förderanträgen gibt es im Landratsamt entsprechende Unterstützung.

Da der Anteil an seniorengerechtem Wohnraum gering ist, wird ein Wohnberatungsangebot für sinnvoll erachtete, so die einhellige Meinung des Arbeitskreises.

Die anwesenden Wohnungsgesellschaften informieren über Unterstützungsangebote für ältere Mieterinnen und Mieter. Die Kundenberater der Unternehmen (SWW Oberallgäu Wohnungsbau GmbH/BSG-Allgäu eG) bieten Hilfe bei der Wohnraumanpassung. Die angebotene Alternative eines „Wohnungstausches“, beispielsweise von großen zu kleineren Wohnungen, findet nach Aussage der Vermietergesellschaft jedoch nur wenig Anklang.

Von der SWW wird das Projekt der Wahlfamilie lobend erwähnt. Die Erfahrungen sind gut, dass aktuell ein zweites Konzept des „gemeinschaftlichen Wohnens“ realisiert wird.

Eine wichtige Forderung des Arbeitskreises betrifft das Thema bezahlbaren und gegebenenfalls geförderten Wohnraum, insbesondere im ländlichen Raum. Ziel sollte sein, mehr Gebäude für seniorengerechtes Wohnen zu haben. Alternative Wohnangebote sind stark nachgefragt (Betreutes Wohnen). Dahingehend werden von der Teilnehmerschaft weitere Anfragen und Bedarfe festgestellt. Wünschenswert sei eine Vielfalt an Alternativen, welche die unterschiedlichen Erfordernisse berücksichtigen. Die Arbeitsgruppe gibt den Einwand, dass die Kommunen das Thema „Wohnen im Alter“ unterstützen können, indem sie beispielsweise Projekten mit entsprechenden „guten Konzepten“ Vorrang einräumen („bewusste Steuerung“). Die Teilnehmenden appellieren jedoch auch an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, sich frühzeitig mit der Wohnsituation im Alter zu befassen.

Die Bekanntheit von Wohnalternativen soll erhöht werden. Geeignet hierfür wäre die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit mit Vorträgen, fachspezifischen Veranstaltungen und Informationen über Presseartikel. Gewünscht wurde zudem die Bereitstellung von Informationsmaterial für „Häuslebauer“ zum Thema Barrierefreiheit und zum Thema „Wohnungsanpassung“. Dem Internet wurde für die Veröffentlichung von Fachinformationen und Links eine besondere Rolle zugesprochen.

Als Leitgedanke zum Handlungsfeld wird einerseits auf die Nachhaltigkeit von Projekten hingewiesen, andererseits auch darauf, dass in dem Flächenlandkreis Oberallgäu ein besonderer Fokus auf das „Wohnen bleiben im Quartier“ zu legen ist.

2.1.3 Handlungsfeld Mobilität

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Landratsamt und Rathaus in Sonthofen sind barrierefrei - Touristische Buslinien - In einigen Orten (ehrenamtliche) Fahrdienste - Barrierefreiheit in Rathäusern teils gut / teils schlecht
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Barrierefreiheit in Rathäusern teils gut / teils schlecht - Deutlich zu wenige Busangebote in der Fläche - Barrierefreie Bahnhöfe & Bushaltestellen → Bayern barrierefrei 2023 - Barrierefreiheit bei Ärzten, Geschäften - → BEG / Freistaat Bayern → Bahn / Bund in die Pflicht nehmen - Der Landkreis muss für Zwischenlösungen sorgen, um Senioren „heute“ / morgen zu helfen - Zubringerbusse zur Schiene (auch AST, Rufbusse...) - Seniorengerechte Information → nicht nur über Apps, und Ticketkauf „einfach wie eine Parkuhr“ - Barrierefreiheit im Tourismus: Übernachtungen ↔ Angebote
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Bedarfsorientierte Rufbussysteme - Tarifverbund wie „Mona“ - Tarife müssen bezahlbar sein (3 Punkte) - Aufsuchende Hilfen bei Bedarf - Mobilitätskonzept: → bedarfsorientiert, → „Oberallgäu Verkehrskonzept“ in Arbeit, → Bürgerbefragung, → breit aufstellen (12 Punkte) - „Chancen der Bürgerbusse“ prüfen → Gemeinde - Prüfauftrag Fahrdienste und Taxiangebote - Beispiele: Baxi Tirschenreuth, Bodo Bodensee, Flexibus Unterallgäu / Landkreis Günzburg, Tarifsysteem Ostallgäu
Regionale Besonderheiten	<ul style="list-style-type: none"> - Stadtbussystem Sonthofen - Burgberg: barrierefreie Wege mit Ruhebänken
Leitgedanke zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Mehr Mobilität schaffen (1 Punkt)

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Ein Schwerpunktthema dieser Arbeitsgruppe war die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. In einzelnen Kommunen, insbesondere der Rathäuser, wurden bereits Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit durchgeführt.

Ein generelles Problem sehen die Expertinnen und Experten in der – bislang noch – mangelnden Sensibilisierung der Einrichtungen, Institutionen, Behörden etc. wie auch der Bürgerinnen und Bürger für das Thema Barrierefreiheit. Als Vorzeigebispiel wird die Gemeinde Burgberg genannt. Dort hat die Kommune mit den Tourismusverantwortlichen zusammengearbeitet, um einen barrierefreien Weg mit Ruhebänken in kurzen Abständen zu schaffen.

In der Arbeitsgruppe wurden außerdem die unterschiedlichen Mobilitätsangebote im Landkreis Oberallgäu thematisiert. Insbesondere die touristischen Buslinien funktionieren gut. Beispielsweise können in Bad Hindelang die Gäste mit Kurkarte und Ortstaxe kostenfrei den ÖPNV nutzen.

Ehrenamtliche Fahrdienste werden, wenn vorhanden, gut bewertet. Es gibt jedoch sehr viele Kommunen im Landkreis Oberallgäu, die nur jeweils eine Busverbindung zur Haupt- und zur Nebenzeit haben., das ist Dies sei denkbar ungeeignet, wenn man als älterer Mensch beispielsweise einen Arztbesuch wahrnehmen möchte, so ein Teilnehmer. Die Anbindung vor allem der kleinen Landkreismunicipalitäten an das Netz des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wird als nicht gut empfunden. Es fehlt oft an Zubringer zur Schiene – ggf. Rufbus oder Sammeltaxi, nachdem aus nachvollziehbaren Gründen eine Auslastung eines festen Busfahrplanes nicht gegeben ist. Verstärkt soll ein Rufbus installiert werden (Best-Practice-Beispiel ist u.a. das Baxi-Projekt in Tirschenreuth).

Während größere Orte ab 3.000 Einwohnern gemäß dem Nahverkehrsplan für den Landkreis Oberallgäu 11 Verbindungen täglich haben sollen, sind es in kleinen Orten (bis ca. 1.000 Einwohner) nur zwei Verbindungen täglich.

Das Mobilitätskonzept des Landkreises ist derzeit in Bearbeitung, zur besseren Berücksichtigung der Bedarfe der älteren Bürgerschaft wird eine Bürgerbefragung angeregt. Der Kreistag sollte eine Zielformulierung zum Mobilitätskonzept einbringen und dabei die Belange für Menschen mit Einschränkungen berücksichtigen. Es wird als notwendig erachtet, dass während der Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes Zwischenlösungen angeboten werden.

Nachteile, die aufgrund der flächenmäßigen Ausdehnung des Landkreises auftreten, sind die als verhältnismäßig hoch empfundenen Tarife. Hier wünschen die Teilnehmenden bezahlbare Preise, denkbar wären auch günstige Seniorentickets, wie sie in vielen Tarifverbänden angeboten werden. Die neu gegründete Mobilitätsgesellschaft für den Nahverkehr im Allgäu – abgekürzt „mona“ ist zumindest aus tariflicher Sicht zu einem klassischen Verkehrsverbund auszubauen.

Kundenfreundliche Fahrgastinformationen, umfassend und aus einer Hand, gehören ebenfalls zum Ziel des Netzwerkes „mona“ und sind kurzfristig umzusetzen.

Vermehrt werben touristische Anbieter mit „Barrierefreien Unterkünften“ etc. Der Landkreis und die Gemeinden sollten mit den touristischen Anbietern zusammenarbeiten um „barrierefreien Urlaub“ als Produkt anbieten zu können. Durch die Anpassung der örtlichen Infrastruktur würden auch die örtliche Bevölkerung und insbesondere die Seniorinnen und Senioren profitieren.

Das Zurechtfinden im Nahverkehrsangebot ist für die ältere Bürgerschaft eher schwierig und betrifft z. B. die Informationseinholung zum Fahrplan und den Ticketkauf. Die Fahrpläne, aber auch der Ticketkauf müssen auf Seniorengerechtigkeit geprüft und angepasst werden. Des Weiteren sollen Busunternehmen seniorengerechte Busse einsetzen (hier kann der Landkreis mit entsprechenden Standards bei Ausschreibungen die Voraussetzungen schaffen).

Leitgedanken zum Handlungsfeld: „Mehr Mobilität schaffen“.

2.2 Soziales

2.2.1 Handlungsfeld Präventive Angebote

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Seniorenzentrum Durach: zahlreiche Angebote auch öffentlich - Geistige, körperliche Fitness → alle Sinne miteinbezogen - Gemeinsames Backen auf der Station, Werken, Gedächtnistraining - Mit Betreuern hauswirtschaftliche Tätigkeiten - Angebote mit Kindergärten und Schulen (singen, Rate-Nachmittage) → punktuell einzelne Aktionen - Im stationären Bereich sehr gut abgedeckt - Mobiler Hilfsdienst sehr großer Bedarf → Caritas - VHS & Vereine haben zahlreiche Angebote - 55+: Ernährungsberatung: Ernährung im Alter → Flyer mit Informationsangeboten → LWR & Ernährung (Amt für Ernährung Landwirtschaft und Forsten) - Flyer liegen im Landratsamt aus, werden an Kommunen verschickt - Jährlich im Landratsamt: Senioreninformationstag → 2 Vorträge: Patientenverfügung und Vorsorge → alle Anbieter und Verbände - Hochschule Kempten: digitale Hilfsmittel
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Mobil eingeschränkte Personen - Kurse zur Nutzung des Internets (1 Punkt) → Informationen sind online abrufbar - Zentraler Anlaufpunkt in der Kommune mit Informationen - Veranstaltungskalender vom Landratsamt (3 Punkte) - Finanzierung von Umbaumaßnahmen (erst ab Pflegegrad 1) vorher ansetzen (2 Punkte) - Zuschüsse für altersgerechtes / barrierefreies Wohnen
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Seniorentaxis, (vergünstigt) Seniorentickets (4 Punkte) - Bei Veranstaltungen den Transport berücksichtigen (1 Punkt) - Shuttle-Service mit Möglichkeit Rollatoren zu transportieren - Sensibilisierung für das Thema Alter bei Jugendlichen (Respekt & Unterstützung) - Beispiel: Durach → Schnupperwoche von Schulen im Seniorenheim
Leitgedanke zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Transparenz & Transport! (1 Punkt) - Fahrdienste sind privat versicherungstechnisch schwierig - Eigeninitiative ist notwendig (4 Punkte)

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Präventive Angebote bestehen im Landkreis Oberallgäu viele. Aufgeführt wurden in der Arbeitsgruppe das Seniorenzentrum Durach, welches zahlreiche (auch öffentliche) Angebote organisiert. Diese fördern die geistige und körperliche Fitness der Teilnehmer, sprechen aber auch alle anderen Sinne an. Bei gemeinsamen Back-Aktionen auf den Stationen, Werken, Herren-Stammtischen, Gedächtnistrainings, oder hauswirtschaftlichen Tätigkeiten im Team mit den Betreuern werden verschiedenste Zielgruppen angesprochen. Dieses bunte Programm wird ergänzt durch Besuche von Schulen und Kindergärten. An einzelnen Tagen und zu speziellen Feiertagen werden gemeinsam mit Kindern Sing- oder Rate-Nachmittage abgehalten. Auf diese Weise werden die jüngeren Generationen für das Älterwerden sensibilisiert. Neben diesem vielfältigen Programm gibt es weitere Angebote seitens der Vereine, der Volkshochschule und der Hochschule Kempten. Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Kempten hat das Netzwerk Generation 55plus gegründet und bietet Kurse zu Bewegung und Ernährung im Alter an. Zu den Informationsveranstaltungen und Kursen gibt es einen Flyer, der im Landratsamt Oberallgäu und in den einzelnen Kommunen verteilt wird.

Jedes Jahr veranstaltet die Stadt Kempten den "Tag der Senioren". Hier präsentieren sich alle Anbieter sowie Verbände und informieren über Angebote für ältere Menschen. Außerdem können sie bei Fragen rund um das Älterwerden unterstützen.

Insgesamt kommt die Gruppe zu dem Ergebnis, dass der Landkreis eine bunte Vielfalt an Angeboten für Senioren bereithält. Vor allem stationäre Einrichtungen verfügen über verschiedenste präventive Angebote. Nun stellt sich jedoch die Frage, wie man Menschen erreicht, die weder in einer Einrichtung leben noch selbständig und eventuell auch allein zu solchen Angeboten gehen. Da die Informationen und Daten meist online abrufbar sind, ist ein erster Ansatz, über Schulungen den Zugang zum Internet zu erleichtern und somit weitere Interessenten für die Angebote zu gewinnen. An dieser Stelle wurde der Wunsch an das Landratsamt geäußert, einen gebündelten Veranstaltungskalender online und auch in Papierformat zu erstellen.

Als weiteren Bedarf wird ein Fahrdienst zu den Veranstaltungen gesehen. Es wäre wichtig, dass dies bei der Planung der Angebote berücksichtigt wird, beispielsweise in Form eines Shuttle-Services, in dem auch Rollstühle untergebracht werden können. Insgesamt ist es wichtig, die Mobilität für Senioren zu vergünstigen. Mit dem Angebot von Seniorentaxis bzw. Vergünstigungen für Senioren bei der Nutzung des ÖPNV oder Taxis, werden die Kosten für Mobilität verringert. Denn oftmals sind diese ein Grund für die Einschränkung der Aktivität älterer Menschen.

Zu dem Thema Sturzprävention wurde vor allem angemerkt, dass Umbaumaßnahmen zu Hause besser und auch früher finanziert werden sollten. Die Arbeitsgruppe ergänzt, dass Zuschüsse für den Bau altersgerechter und barrierefreier Wohnungen wichtig sind.

Thematisiert wurde von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe die Sensibilisierung von Jugendlichen als eine präventive Maßnahme. Das Seniorenzentrum Durach ermöglicht Schnupperwochen für Schülerinnen und Schüler, welche den Respekt vor älteren Menschen sowie das Verständnis für Schwierigkeiten im Alter fördern. Auf diese Weise wird auch die Unterstützung von Jung und Alt angeregt.

Als Leitgedanken zum Handlungsfeld formuliert die Gruppe: Für die Wahrnehmung und Inanspruchnahme der präventiven Angebote ist die Information darüber entscheidend. Gleichwohl ist die Eigeninitiative der einzelnen Bürgerinnen und Bürger notwendig.

2.2.2 Handlungsfeld Gesellschaftliche Teilhabe

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Sonthofen: Familienzentrum Rockzipfel - Wohnprojekte der Wahlfamilie → selbst aktiv werden - VHS 45 - 70jährige als Hauptzielgruppe
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Wohnen ist <u>noch</u> Frauenthema - Ruhestand: Lebensphase ist zeitlich unkompliziert - man fühlt sich nicht jeden Tag gleich - Mentalität der Allgäuer → bleiben unter sich - Aktivierung von Älteren - Unterschied zwischen Betreutem Wohnen und Wahlfamilie klären! - Ältere wollen sich mit dem Alter nicht beschäftigen und kümmern sich zu spät ums Altersthemen (1 Punkt) - nicht jedes Ehrenamt kann integrierend wirken und erleichtert gesellschaftliche Teilhabe - nicht alle Seniorenbeauftragte sind in der Arbeit angekommen - nicht in allen Gemeinden ist das Thema Senioren angekommen (4 Punkte)
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Öffentlichkeitsarbeit ausbauen, Mund zu Mund Propaganda (1 Punkt) - Vielfalt an Angeboten, altersübergreifend und nur für Ältere - in allen Gemeinden Orte der Begegnung für alle Altersgruppen (7 Punkte) oder nur für Ältere (1 Punkt)? - Mittagstisch in Gaststätte in Hindelang soll initiiert werden (1 Punkt) - Hindelang → Bäcker in zentraler Lage - Aufenthaltsqualität in den Gemeinden stärken → schafft Begegnung - Starterpaket in den Ruhestand (3 Punkte) - Jüngere sensibilisieren - Wie müssen Info-Kanäle aussehen? → Tageszeitungen, Gemeindeblatt Internet, Allgäu TV (1 Punkt)
Leitgedanke zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Lernen Laufen Lachen (1 Punkt) - Menschen erreichen (1 Punkt) - Soziale Kontakte erleichtern

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Zunächst wurde diskutiert, wie gesellschaftliche Teilhabe gelingen kann. Zwei Gruppen sind zu unterscheiden, nämlich diejenigen, die Veranstaltungen konsumieren und diejenigen, die selbst aktiv Veranstaltungen organisieren. Grundlegend spielen die unterschiedlichen Lebensstile eine Rolle, welche respektiert werden müssen. Dazu zählt beispielsweise die Mentalität der Allgäuer.

Ein weiterer Aspekt ist die gesundheitliche Situation Älterer, denn man fühlt sich nicht jeden Tag gleich, so dass Angebote nicht immer regelmäßig wahrgenommen werden. In der Diskussion zeigte sich die Herausforderung der Aktivierung von Älteren. Es ist wichtig, dass eine Vielfalt von Angeboten vorhanden ist. Ebenso braucht es eine gute Öffentlichkeitsarbeit, wobei hier vielfältige Medien zum Einsatz kommen müssen. Genannt wurden Tageszeitung, kommunales Gemeindeblatt und Internet, aber auch die „Mund zu Mund Propaganda“. Eine Teilnehmerin führt das lokale Radio oder den Sender „Allgäu TV“ auf. Weiter wurde die Problematik angesprochen, dass sich wenig Ältere mit dem Thema des Älterwerdens auseinandersetzen und sich oftmals zu spät um für sie wichtige Fragen kümmern.

Ein weiterer Punkt war die Schaffung von Begegnungsorten. Während einige Teilnehmer altersübergreifende Angebote bevorzugen, sprachen sich andere für Treffpunkte ausschließlich für Ältere aus. Als wichtig erachtet wird zudem eine Anlaufstelle in der Kommune. Eine Person ist als „Motor“ für Begegnungen notwendig. Auch geht es nicht ohne ausreichende Finanzierung des Angebotes.

Fazit: Es gilt die Aufenthaltsqualität in den Gemeinden zu stärken und Treffpunkte/Orte der Begegnung zu schaffen.

Eine weitere Idee war ein „Starterpaket“ für Neu-Ruheständler. Dabei geht es geht darum, die Menschen zu sensibilisieren, auch in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement. Berichtet wurde, dass nicht jedes Ehrenamt dazu führt, dass man in der Gemeinde integriert ist. Es könne aber ein Motor für die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe sein.

Die Städte und Gemeinden müssten freilich parallel tätig werden, zumal Seniorenarbeit für manche nur ein Randthema sei. Im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge müsse sich dies künftig ändern, hieß es in der Arbeitsgruppe

Leitgedanke zum Handlungsfeld: Mit gesellschaftlicher Teilhabemöglichkeiten wird das Grundbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürger aufgegriffen, nämlich Menschen zu erreichen und soziale Kontakte zu führen. Alles unter dem Motto: „Lernen Laufen Lachen“.

2.2.3 Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Seniorenbeirat → 2014 Sonthofen - Sitzungen: kurze Wege → Unterstützung des Seniorenbeirats im administrativen Bereich (1 Punkt) - Viele Überlegungen zu neuen Angeboten (Nachbarschaftshilfen) (1 Punkt) - Viele Initiativen vor Ort (auch in kleineren Ortsteilen) - Vernetzung des Ehren- und Hauptamtes → Seniorengruppe: Ausbildung zum Alltagsbegleiter, 14 Personen, in Frauenzell - Bildung neuer Gruppen: 65+ Leben in Burgberg, Kreativkreis, E-Bike Radelgruppe - Betroffenheit verbindet → Netz aus Personen mit unterschiedlichen Kompetenzen - Gegenseitiges Unterstützen, gegenseitiges Anerkennen (Selbsthilfe Sonthofen) - Betroffenenkompetenzen mit einbeziehen für Fortbildungen, Supervisionen - 2 Personen im Bürgerbüro nehmen Anfragen zur Nachbarschaftshilfe an (seit 2008 in Burgberg)
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Stelle für Abrechnungen, Kontakt zu Pflegekassen etc. → mehr Unterstützung des Ehrenamtes (Bad Hindelang) - Anerkennungskultur fördern Notwendigkeit, um Ehrenamtliche zu halten (3 Punkte) - Bedarfe je nach Kommune unterschiedlich, spezielle Bedarfe erörtern (1 Punkt) → Landratsamt mit Seniorenpolischem Gesamtkonzept in die Kommunen vor Ort treten → konkrete Bedarfe und Angebote ermitteln - Sensibilisierung des Gemeinderates - Anlaufstelle in der Kommune für Jugend-, Senioren- und Behindertenbeauftragte etc. - Schwierigkeiten, Nachwuchs zu finden - Ehrenamtskarte, Ehrenamtstag → viele Entscheidungskriterien (überdenken) → nur wenige erhalten die Karte → reicht nicht aus, es muss persönlicher sein - Vergünstigungen vor Ort in Kommune (Parkangebote) → Veröffentlichungen in Gemeindeblättern
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Gewinnung von Ehrenamtlichen durch direkte Ansprache - Junge Menschen sind für kleinere, kurzfristige Projekte zu begeistern → Umdenken - Austauschtreffen, um Erfahrung und auch Ärger auszutauschen (2 Punkte) - Offenes Ohr & Entlastung der Ehrenamtlichen (ASB, Verbandsebene) - Koordinationsstellen, die Mittel für Anerkennung bereitstellen (Landkreis) - Aufwandsentschädigungen → Anerkennung, Verbindlichkeit, Ehrenamtspauschale (1 Punkt)

Leitgedanke zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Ehrenamt hat seine Grenzen → Vermehrte Vernetzung von Haupt- und Nebenamt ist zur Stärkung des Ehrenamts notwendig! (11 Punkte) - Angebote entstehen aus Bedarfen (Veränderungen), Zwänge helfen nicht
--	---

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Die Arbeitsgruppe begann die Diskussion mit dem Sammeln positiver Entwicklungen und vielen Orten und selbst in kleinsten Ortsteilen bestünden bereits viele Überlegungen und Initiativen zu neuen Angeboten. Als Beispiele wurden in Burgberg die Gruppe „65+ Leben in Burgberg“, der Kreativkreis und eine neue E-Bike-Radelgruppe aufgeführt. In Sonthofen gibt es seit 2014 einen Seniorenbeirat. Dieser wird von einem Hauptamtlichen im administrativen Bereich unterstützt. Durch Treffen wird ein kurzer Dienstweg umgesetzt. In Burgberg besteht ebenfalls eine Vernetzung zwischen Haupt- und Ehrenamt: Hier nehmen Mitarbeiter des Bürgerbüros Anfragen zur Nachbarschaftshilfe entgegen. Insgesamt wird von den Teilnehmern eine Unterstützung des Ehrenamts durch vermehrte Vernetzung von Haupt- und Ehrenamt gewünscht. Beispielsweise kommt es von Ehrenamtlichen zu Überforderungen im Bereich der Abrechnungen und dem Kontakt mit Kranken- und Pflegekassen. Außerdem ist eine Anlaufstelle in der Kommune für alle Beauftragten (Jugend-, Senioren- und Behindertenbeauftragte, etc.) erwünscht.

In Sonthofen existieren zahlreiche Selbsthilfegruppen. Hier wird die Erfahrung gemacht, dass Betroffenheit stark verbindet und so ein Netz aus Personen unterschiedlichster Kompetenzen entsteht. Die gegenseitige Unterstützung führt automatisch zu wechselseitiger Anerkennung. Zudem besteht hier ein großes Potenzial, da die Kompetenzen der Betroffenen bei Fortbildungen und Supervisionen mit einbezogen werden können.

Bezüglich der Anerkennung des Ehrenamtes wird ebenfalls Verbesserungsbedarf gesehen. Die Ehrenamtskarte wird als ungenügend beurteilt, da es viele Entscheidungskriterien für das Erhalten der Karte gibt und diese nur in sehr geringem Umfang verteilt wird. Als mögliche Erweiterung der Anerkennungskultur werden Vergünstigungen beim Parken oder bei Angeboten vor Ort vorgeschlagen. Zudem könnten in Gemeindeblättern über ehrenamtlich Tätige berichtet werden, beispielsweise in Form von Erfahrungsberichten. Gewünscht wurde, dass die Koordinationsstellen für ehrenamtliches Engagement (ggf. vom Landkreis bereit gestellte) Mittel zur Verfügung haben, die gezielt für solche Ausgaben genutzt werden können. Aufwandsentschädigungen wären zudem eine zentrale Maßnahme, um bestehendes Ehrenamt zu stärken. Zum einen ist es eine Art der Anerkennung, zum anderen wird damit auch eine gewisse Verbindlichkeit geschaffen.

Schwierigkeiten bestehen aktuell bei der Gewinnung von Nachwuchs. Junge Menschen sind eher für kurzfristige und kleinere Projekte zu begeistern, bei denen sich der Zeitaufwand in Grenzen hält. Daher ist ein Umdenken notwendig.

Für neue Ehrenamtliche bewährt sich die direkte Ansprache. Daneben können Zeitungsannoncen helfen, um weitere Helferinnen und Helfer zu akquirieren.

Insgesamt ist die Gruppe der Meinung, dass der Bedarf zum Ausbau bzw. zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen unterschiedlich ist.

Der Arbeitskreis sieht mit der Aktualisierung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes grundsätzlich eine große Chance. Die Landkreismunicipalitäten könnten sensibilisiert werden, ihre aktuelle Situation wie auch künftige Erfordernisse in der kommunalen Seniorenpolitik zu reflektieren. Dies gilt auch für das bürgerschaftliche Engagement.

Die Fachstelle für Senioren des Landkreises fördert solche Entwicklungsprozesse gerne. Sie steht für Information, aber auch für weitergehende Unterstützung zur Verfügung.

Als Leitgedanken zum Handlungsfeld formuliert die Gruppe: Ehrenamt hat seine Grenzen, eine Vernetzung des Haupt- und Ehrenamts ist notwendig, um das Ehrenamt nachhaltig zu stärken.

2.2.4 Handlungsfeld Finanzielles Risiko im Alter

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Offener Mittagstisch / Wärmestube z. B. Sonthofen (OM/WS), Immenstadt (OM), Kempten - Bekleidung z. B.in Kempten, Immenstadt, Sonthofen - Tafel z. B.in Immenstadt, Sonthofen, Kempten - Beratung des Bezirks ist empfängerorientiert - Landespflegegeld „hilft“ - Wohngeldberatung: Anträge können über Gemeinden gestellt werden
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Im Norden andere Struktur als im Süden - Kleine Gemeinden: „Schamgrenze höher“ (1 Punkt) - Wohnungstausch in kleinere Wohnungen werden nicht angenommen - Angebote / Versorgung im ländlichen Bereich (1 Punkt) - Landwirte: durch „Bauernsterben“ geraten frühere Landwirte in finanzielle Schwierigkeiten - Informelle Beratungssituationen schaffen → Hürden abbauen - Potenzielle Vertrauenspersonen informieren / aufklären → Wer? - Mieter sparen Nebenkosten bei steigenden Mieten - Mieten steigen schneller als KdU-Grenzen (Kosten der Unterkunft) (3 Punkte)
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Tauschringe: auf „Talentbasis“ nach Zeit - Gemeinden: Hilfsfonds ausbauen à la „Kartei der Not“, „Allgäuer Hilfsfonds“ - Ausbau niederschwelliger, unbürokratischer Hilfsangebote (4 Punkte) - Mitfahrzentrale / -börse, Mitfahrbänke - Effektive Seniorenermäßigungen bei Veranstaltungen - Aufklärung über vorhandene soziale Leistungen (1 Punkt) - Mobilität: Sozialticket notwendig (4 Punkte) - Qualifizierte und realitätsnahe KdU-Konzepte
Leitgedanke zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Bedürftigen beistehen - Entbürokratisierung der Hilfen - Schamgrenzen abbauen - Transparenz schaffen → insgesamt 4 Punkte

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Die Arbeitsgruppe war sich einig, dass die Diskussion zielorientiert auf die Lage und Verbesserungsmöglichkeiten im Landkreis Oberallgäu zu führen ist. Hingegen sind die politischen Kompetenzen zur Verbesserung der finanziellen Lage armutsgefährdeter Senioren in der Landes- und Bundespolitik verortet. Damit bleiben für Handlungsperspektiven vor Ort. Nicht zuletzt geht es um Aufklärung und Unterstützung hinsichtlich sozialer Leistungen, ebenso um Linderung von Armut durch karitative Unterstützung.

Bei der Kategorie „Was läuft gut?“ wurden die bestehenden karitativen Einrichtungen in den Städten Immenstadt, Kempten und Sonthofen von der Arbeitsgruppe gelobt. Auch die Beratungsangebote des Bezirks Schwaben haben eine hohe Qualität. Auf positives Echo stieß die Möglichkeit, Wohngeldanträge beratend über die Gemeinden zu stellen. Anklang fand zudem das neu eingeführte Landespflegegeld.

Generell wurde gesehen, dass im nördlichen Landkreis – eine andere Bevölkerungsstruktur vorherrscht als im vermehrt touristisch geprägten südlichen Oberallgäu.

In kleinen Gemeinden ist die „Schamgrenze“ für die Beantragung von Leistungen wie Wohngeld oder Grundsicherung im Alter höher. Um Hürden für die Antragstellung abzubauen, ist es wichtig, hier vermehrt zu informieren und Beratung anzubieten. Es wurde vorgeschlagen, potenzielle Vertrauenspersonen von Hilfebedürftigen anzusprechen und diese zu informieren bzw. über Hilfsmöglichkeiten aufzuklären. Die Identifikation solcher Vertrauenspersonen kann jedoch nur gelingen, wenn die Betroffenen im Sozialraum fest verankert sind.

Intensiv diskutiert wurde die angespannte Wohnsituation von finanziell Hilfebedürftigen. Nach Auszug der Kinder und Tod des Partners/der Partnerin leben Alleinstehende oft in großen Wohnungen, die sie finanziell überfordern. Ein Wohnungstausch in kleinere Wohnungen wird jedoch nicht häufig angenommen. Berichtet wurde auch vom Versuch, Nebenkosten wie für Heizung und Warmwasser zu sparen, um Mieterhöhungen zu kompensieren.

Generell wurde ein zu geringes Angebot an geeignetem, bezahlbarem Mietwohnraum im ländlichen Bereich beklagt. Oft waren ehemalige Landwirte vom „Bauernsterben“ betroffen und nun befinden sie sich in finanziellen Schwierigkeiten.

Zur Verbesserung der Situation der Betroffenen wird vorgeschlagen, in den Gemeinden Hilfsfonds auf- und auszubauen. Als Beispiele wurden die „Kartei der Not“ der Allgäuer Zeitung oder der landkreisübergreifende „Allgäuer Hilfsfonds“ genannt. Notwendig ist in diesem Zusammenhang der Ausbau niederschwelliger, unbürokratischer Hilfsangebote.

Fazit: Die nachhaltige Aufklärung über bestehende soziale Leistungen ist eine Daueraufgabe.

Die Arbeitsgruppe regte als weitere Unterstützung „effektive“ Seniorenermäßigungen bei Veranstaltungen an. Tauschringe auf Basis des Austauschs von Talenten/Dienstleistungen wurden ebenfalls genannt. Einklang bestand in der Forderung nach der Einführung eines 100-Euro-Nahverkehrs-Ticket ergänzend hierzu die Schaffung von Mitfahrgelegenheiten durch Mitfahrbänke, Mitfahrzentralen und -börsen.

Im Hinblick auf die schnell steigenden Mieten wurden realitätsnahe Kosten der Unterkunft-Konzepte gefordert.

Als Leitgedanke zum Handlungsfeld – im Sinne eines Mottos – wurde formuliert: „Bedürftigen beistehen - Entbürokratisierung der Hilfen - Schamgrenzen abbauen - Transparenz schaffen“.

2.3 Unterstützung und Pflege

2.3.1 Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Älter werden im Oberallgäu - Sonthofen: Flyer → 60 Aktiv + verteilt an öffentliche Orte - Mitteilungsblatt z. B. 14-tägig in Burgberg, in Betzigau - Gemeindehomepage → Seniorenbeirat Burgberg kümmert sich - In Planung: Plattform – vom Bezirk - Bürgerbüro → zentrale Stelle → man kümmert sich (2 Punkte) - Verteilung von Informationen z. B. in Bäckerei, Läden, ... - Kontinuierlich / AKTUELLES (1 Punkt)
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Verbreitung der Broschüre - Aufsuchende Beratung z. B. Sozialpsychiatrischer Dienst - Viele sind nicht bereit, sich zu informieren - Angebote werden oft außerhalb nicht angenommen → Interesse → Notwendigkeit → Leidensdruck → Verschiedene Wege - Wissen weitergeben → Wer macht was? (1 Punkt) - Erweiterte Informationssammlung → Wer macht was? → Versorgung → Fürsorge → Selbstverantwortung (1 Punkt) → Angebote machen!! - Beratung / Unterstützung für Initiativen
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Informationsmaterial: Auslage an zentralen Orten z. B. Geschäfte (2 Punkte) - Persönliche Ansprache = „Bürger“, nicht „Senioren“ - Weitergabe über Hausärzterverband → Fortbildungen... - 1 <u>Plattform</u> → für Profis → für Ältere + Angehörige (2 Punkte) - Ansprechpartner vor Ort - <u>Wichtig</u>: aufsuchende Beratung - Vielfältige Kanäle nutzen - Offene Plattform für Infos (2 Punkte) - Sprechstundenhilfen als Multiplikatoren (1 Punkt) - Quartiersprojekt = Kümmerer (14 Punkte) - <u>Runder Tisch</u>: Kennenlernen (19 Punkte) - Mobilität verbessern (5 Punkte)
Leitgedanke zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Hilfe zur Selbsthilfe (1 Punkt) - Unterstützung im Einzelfall: Case Management (3 Punkte)

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Als besonders positiv wird von den Teilnehmern die Broschüre des Landkreises „Älter werden im Landkreis Oberallgäu“ angesehen. Darin findet man die wichtigsten Angebote und Adressen. Die Expertinnen und Experten berichteten aber auch über ihre Erfahrung, dass die Broschüre zwar breit verteilt wird, jedoch die Bekanntheit noch gesteigert werden müsse.

Als vorbildliches kommunales Informationsmedium kann der Flyer „60plus Aktiv“ für die Stadt Sonthofen aufgeführt werden. Gelobt wurde vor allem die breite Verteilung über rege frequentierte, öffentlich zugängliche Orte wie Bäckereien und andere Geschäfte.

Besondere Bedeutung bei der Informationsweitergabe haben die kommunalen Mitteilungsblätter im Landkreis. Meist erscheinen sie 14-tägig und finden breite Aufmerksamkeit.. Möchte man kontinuierlich auch aktuelle Informationen veröffentlichen, eignen sich vor allem die Internetseiten. Als Vorzeigebispiel berichtet Burgberg, dass der Seniorenbeauftragte selbst die Erlaubnis habe, auf der kommunalen Homepage Informationen einzustellen. Von anderen Gemeinden wird berichtet, dass nur nach Prüfung bzw. über Dritte Einträge möglich sind.

Weitere Informationsquellen sind die Bürgerbüros in den Rathäusern als zentrale Anlaufstelle für Anfragen.

Informationen können über die oben beschriebenen Kanäle verbreitet werden. Einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger erscheine es jedoch nicht notwendig, sich frühzeitig zu informieren. Für diesen Personenkreis mache es Sinn, ausschließlich anlassbezogene Informationen zu geben. In der Diskussionsrunde wurde vorgeschlagen, ältere Bürgerinnen und Bürger nicht mit dem Begriff „Senioren“ anzusprechen, da dieser eher negativ besetzt sei.

Die Bedeutung der Hausärzte bei der Weitergabe von Informationen zeigte sich in den vorgestellten Ergebnissen der Bürgerbefragung. Mit weitem Abstand werden Hausärzte bei Fragen und Problemen zum Thema „Alter“ bevorzugt angesprochen. Nach der Erfahrung der Expertinnen und Experten sind die Hausärzte jedoch als Netzwerkpartner eher schwer zu gewinnen. Es wurde angeregt, die Kontakte stärker über das Praxismanagement (Sprechstundenhilfen) zu führen, diese mit Informationen zu versorgen und zur Weitervermittlung einzubinden.

Informationen erhalten Personen zudem über Beratungsstellen mit einer „Kommstruktur“, das heißt, die oder der Hilfesuchende hat die Beratungsstelle selbst aufzusuchen. Allerdings wird eine solche wenig angenommen, wenn sie vom Wohnstandort weit entfernt sind, so der Expertenkreis. Damit wird dem Thema Mobilität auch in diesem Handlungsfeld eine bedeutsame Rolle zugesprochen. Lösungen hierfür können unter anderem mehr wohnortnahe Beratungsangebote oder Hausbesuche sein.

Nicht immer wissen die Experten voneinander, „wer was macht“. Verbesserte Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit gelingt über eine enger strukturierte Vernetzung der Akteure. Die Einberufung eines „Runden Tisches“ findet in der Gruppe hohe Zustimmung und wird auch bei der abschließenden Punktevergabe über alle Themen hoch bewertet. Ein weiterer Vorschlag ist, dass alle bedeutsamen Institutionen auf eine gemeinsame Internetseite zugreifen können, um ihre Informationen dort einzustellen.

Leitgedanke zum Handlungsfeld: Bereitstellung von Informationen und Beratungsmöglichkeiten sind wichtig, falls möglich als Hilfe zur Selbsthilfe. Diejenigen, die es tatsächlich brauchen, sollen weitergehende Unterstützung im Sinne eines Case-Managements erhalten.

2.3.2 Handlungsfeld Betreuung und Pflege

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Stationäre Pflege → genügend Betten, aber oftmals nicht voll belegbar - gute Vernetzung z. B. →Seniorenbeirat → Netzwerk Demenz - SAPV, Hospiz - Angehörigenschulungen zum Thema Demenz
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Kommunale Verantwortung im Bereich Pflege zu stärken (5 Punkte) - Imageverbesserung Pflege / Pflegeberufe - Mangel: Fachpersonal, Pflegepersonal (allg.) (5 Punkte) - Vernetzung der klassischen Pflege (ambulant /stationär) - Vernetzung → Behörden - Vernetzung → Beratungsangebote - Entlastung der Pflege zu Hause - Pflegende Angehörige weiter stärken - Unterfinanzierung ambulanten Pflege, vor allem im ländlichen Bereich - Angebote → Ablehnung von Kunden ambulanter Dienste! - zu wenige Angebote: Essen auf Rädern, Hausnotruf - zu wenige Kurzzeitpflegeplätze - Angehörigenschulungen - Vorsorgevollmacht, Bewusstsein schulen an „das Alter zu denken“ - Angehörige werden unterstützt (Angebote sind vorhanden, in manchen Bereichen kaum Weiterleitungen von Kunden durch das Landratsamt) - Soziale Dienste haben teilweise Probleme, an weitere Stellen vermitteln zu können - Problem Kurzfristigkeit von Anfragen - zeitliche Ressourcen bei den Diensten - Beratungsangebote oft unzureichend z. B.im Bereich Überleitungspflege

<p style="text-align: center;">Maßnahmen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Imageverbesserung Pflege, Imageverbesserung Pflegeberufe (2 Punkte), →Bezirk Schwaben plant Image Kampagne - die Krankenpflegeschulen sind derzeit ausgelastet - Pflegekräfte im Beruf halten! →Arbeitsbedingungen, Zuverlässigkeit von Dienstplänen - Vernetzung schaffen: runder Tisch (5 Punkte) → Koordination durch Landratsamt, Engagement des Landkreises für einen runden Tisch (Betreuung und Pflege) - Aufklärung, Schulung (1 Punkt) → Paradigmenwechsel - Nachbarschaftshilfen ausbauen - Budget für die Pflege, vor allem in den ländlichen Bereichen (z. B. durch den Landkreis), Investitionszuschuss der ambulanten Dienste (1 Punkt) - Kurzzeitpflege →auskömmliche Finanzierung (4 Punkte), - Überleitung stationär-teilstationär-ambulant besser koordinieren (1 Punkt). Pflegeüberleitung - bessere Transparenz, zum Beispiel Pflegeplatzbörse (Hochschule Kempten, ist etwas in Entwicklung?) - zielgruppenspezifische Ansprache - auch An- und Zugehörige, dies erhöht die Akzeptanz von Angeboten
<p style="text-align: center;">Regionale Besonderheiten</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Es gibt schlecht versorgte Gebiete im Landkreis, „schwarze Flecken“, hierzu gehören Balderschwang, Gunzesried, ...
<p style="text-align: center;">Leitgedanke zum Handlungsfeld</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Was ist der Mensch Wert - Pflege geht alle an - Pflege muss Familienthema werden - Es braucht ein gutes Gesamtkonzept Pflege

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe „Betreuung und Pflege“ sprachen mitunter über Themen, die nicht unmittelbar vom Landkreis beeinflusst werden können. Hierzu gehören beispielsweise die Bedingungen in der Pflege wie Fachkraftquote und Betreuungsschlüssel. Diesbezüglich wurde spekuliert, dass es künftig auf eine Reduzierung der Fachkraftquote hinauslaufen könne. Dies ging mit der Frage einher, inwieweit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diesem Druck gewachsen sein werden. Die Rahmenbedingungen in der Pflege wurden bereits oft und in vielen Bereichen verändert. Dies hat, so die Meinung der Expertinnen und Experten, keine Verbesserung für die Anbieter im Bereich Pflege erbracht. Demnächst steht die Einführung der generalisierten Pflegeausbildung an. Auch hierdurch werden relevante Veränderungen erwartet, welche es gilt abzuwarten.

Bei der Diskussion zu der Frage, was im Bereich Betreuung und Pflege gut läuft, wurde grundsätzlich ein gutes Angebot in der stationären Pflege genannt. Es gebe derzeit ausreichende Pflegebetten, so die Meinung der Diskutierenden, allerdings können vorhandenen Plätze aufgrund von Personalmangel in Teilen nicht belegt werden. Bedarf besteht insbesondere durch den Personal- bzw. Fachpersonalmangel, welcher sich negativ auf alle Angebote von Pflege und Betreuung auswirkt.

Von ambulanten Diensten kommt es zur Ablehnung von Kundenwünschen u.a. in den Bereichen Essen auf Rädern oder Hausnotruf, weil diese derzeit nicht bearbeitet werden können. Eine Rolle spielen dabei die lokalen Gegebenheiten z. B. im Fall von abseits gelegenen Regionen im Landkreis.

Vor allem bei ambulanten Dienstleistungen, aber auch in der Kurzzeitpflege gibt es im Landkreis, so die Meinung der Gruppe.

Damit die derzeit teils schwierige Situation in der Pflege verbessert werden kann und damit die landkreisweite Versorgung in der Pflege gesichert ist, braucht es aus Sicht der mitdiskutierenden Anbieter und Dienstleister eine auskömmliche Finanzierung. Derzeit sei diese in einigen Bereichen nicht gesichert. Damit das Angebot von Diensten auch in abgelegenen Orten nachhaltig ist, braucht es aus Sicht der Dienste eine finanzielle Unterstützung, welche beispielsweise durch den Landkreis gesichert werden könnte. Alle diese Maßnahmen greifen jedoch nur bedingt. Es braucht ausreichend Personal für Pflege und Betreuung. Eine Imageverbesserung ist notwendig und unter anderem auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften (z. B. Zuverlässigkeit von Dienstplänen).

In einzelnen Themenfeldern gibt es eine gute Vernetzung der Akteure untereinander. Beispielhaft wurden der Seniorenbeirat aber auch das Netzwerk Demenz benannt. Im Bereich der klassischen Pflege (ambulant, teilstationär sowie stationär) wird die Vernetzung nicht als ausreichend bewertet, hier sollte es eine besser funktionierende Zusammenarbeit geben.

Die Vernetzung zu Behörden und von Beratungsangeboten, aber auch die Kommunikation mit Netzwerkpartnern und Diensten, zum Beispiel Sozialdienste in den Krankenhäusern und Kliniken sind zu verbessern. Insbesondere bei gegenseitigen Anfragen (z. B. der Weitervermittlung von Klienten) muss eine verstärkte Kommunikation untereinander Ziel sein. Damit eine bessere Vermittlung im Bereich der Pflege stattfinden kann, braucht es zudem eine gewisse Transparenz. Als ein möglicher Vorschlag wurde eine Pflegeplatzbörse benannt. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, einen „runden Tisch Betreuung/Pflege“ neu zu gründen, idealerweise angestoßen (ggf. moderiert) durch das Landratsamt. Ziel ist, bestehende Schwierigkeiten, Probleme aber auch Lösungswege gemeinsam zu erarbeiten

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Unterstützung der Pflegesituation in den Familien, dem „wichtigsten Pflegedienst“. Es gilt, die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf zu stärken, um die Pflegesituation zu Hause zu entlasten. Hierfür gilt es die pflegenden Angehörigen weiter zu stärken und zu unterstützen, z. B. durch das Angebot an Schulungen.

Generell müssen sich die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig Gedanken über ihre persönliche Lebenssituation im Alter machen. Der Fokus liegt auf der persönlichen Lebensplanung, die auch mögliche Krankheit oder Pflegebedürftigkeit umfasst. Das Bewusstsein ist zu schärfen, um sich auch frühzeitig mit Themen wie Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügungen zu befassen.

Leitgedanken zum Handlungsfeld: Pflege geht alle an; Pflege ist ein Familienthema! Gute Pflege muss der Gesellschaft etwas wert sein. Es braucht im Bereich Pflege und Betreuung ein gutes Gesamtkonzept.

2.3.3 Handlungsfeld Unterstützung für pflegende Angehörige/ Angebote besondere Zielgruppen

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Demenzkontaktstellen → Schulung für pflegende Angehörige → Gesprächskreise, aber zu wenig Teilnehmer - Es gibt Beratungsangebot → Fachstelle für pflegende Angehörige - Hospizverein / -helfer, Hausnotruf - Gute Vernetzung bei Caritas, ASB und SAPV - Essen auf Rädern in den Gemeinden sehr unterschiedlich (2 Punkte) - LANDKREIS Unterallgäu → viele feste Kurzzeitpflege - LANDKREIS Oberallgäu fördert feste Kurzzeitpflegeplätze
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Angehörige / Betroffene informieren sich zu spät - Plattform mit „allen“ Informationen → Landkreis Oberallgäu - Vermittlung Haushaltsnaher Dienstleistung: Angebot und Nachfrage kommen nicht zusammen (2 Punkte) - Kinästhetik-Kurse - Essen auf Rädern in den Gemeinden sehr unterschiedlich (2 Punkte) - Tagespflegeangebote → lange Wartelisten - Pflegehotline für pflegende Angehörige 24/7 bei „Notfällen“ → 115/116 Bereitschaftsarzt - Pflegekurse für Angehörige mit Migrationshintergrund - Beratungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Frühzeitige Beratung / Information notwendig (1 Punkt) - Spezielle Kurse für pflegende Angehörige fehlen z. B. Demenz - „Kennenlernen von pflegenden Angehörigen“ → Selbsthilfegruppe - Schnuppertage in Tagespflege (teilweise) - Reha „ersetzt“ Kurzzeitpflege - Quartierskonzepte, (Gemeinde-)Konzepte (4 Punkte) - Hauswirtschaftliche Hilfen, hohe bürokratische Hürden, max. 24,12 € h (5 Punkte) - Standardisierung von Beratungen (2 Punkte) - Versorgung von Menschen mit Behinderung muss deutlich verbessert werden → (AG 65+) - Pflegestützpunkte im Landkreis ↔ Ausbau Fachstellen für - pflegende Angehörige - Ausbau von Tagespflegeangeboten für „alle“ Zielgruppen, aber differenziert (3 Punkte) - Kurzzeitpflegeplätze fehlen (4 Punkte) - Kurzzeitpflegebörse → Plattform auch für andere Bereiche → Best Practice - Landkreis Lindau - Bessere Unterstützung pflegender Angehörige (1 Punkt) - Aufsuchende Beratung für pflegende Angehörige (2 Punkte)

Leitgedanke zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none">- Information, Entlastung der Angehörigen verbessern → Gesellschaft hat Fürsorgepflicht (1 Punkt)
--------------------------------------	---

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Zuerst formulierte die Arbeitsgruppe positive Aspekte. Die Kontaktstellen der Demenzhilfe Oberallgäu organisieren erfolgreich Schulungen für pflegende Angehörige. Des Weiteren finden Gesprächskreise statt, allerdings mit sehr wenigen Teilnehmern. Die Fachstelle für pflegende Angehörige bietet ein breites Beratungsangebot an. Die Tätigkeit der Hospizvereine und der Hospizhelfer bzw. der angebotene Hausnotruf wird als positiv bewertet. Caritas, ASB und SAPV sind gut vernetzt. Das Angebot von „Essen auf Rädern“ wird in den Gemeinden sehr unterschiedlich eingeschätzt.

Im Bereich der Kurzzeitpflege wird ein großer Bedarf gesehen. Als positives Beispiel steht hierfür der Landkreis Unterallgäu. Dort gibt es bereits viele feste Kurzzeitpflegeplätze. Positiv wurde auch die Förderung fester Kurzzeitpflegeplätze durch den Landkreis Oberallgäu eingestuft.

Als Problem wurde formuliert, dass sich Betroffene sowie Angehörige eines Pflegebedürftigen zu spät informieren. Sinnvoll erscheint deshalb eine Plattform mit allen wichtigen Informationen, bereitgestellt durch den Landkreis Oberallgäu. Im Weiteren wurde eine Pflegehotline für pflegende Angehörige für 24 Stunden, 7 Tagen die Woche bei „Notfällen“ als notwendig eingestuft. Mit den Telefonnummern 115 (Behördentelefon) und 116 (Bereitschaftsarzt) wurde hier auf bestehende Angebote verwiesen. Bei der Vermittlung haushaltsnaher Dienstleistung besteht das Problem, dass Angebot und Nachfrage nicht zusammenkommen. Bei den Tagespflegeangeboten wurde von langen Wartelisten berichtet. Für Menschen mit Migrationshintergrund wurde ein Defizit an Beratungsangeboten und Pflegekursen für Angehörige formuliert.

Für die Verbesserung der Unterstützung pflegender Angehöriger wurde eine Reihe von Maßnahmen und Anregungen formuliert: Beispielsweise eine aufsuchende Beratung für pflegende Angehörige und spezielle Kurse etwa zum Umgang mit demenzkranken Menschen oder Kinästhetik-Kurse. Der Ausbau eines gegenseitigen „Kennenlernens von pflegenden Angehörigen“ wurde ebenfalls als notwendig erachtet.

Bei der Inanspruchnahme von hauswirtschaftlichen Hilfen wurde auf die hohen bürokratischen Hürden bei der Vermittlung verwiesen.

Allgemein wurde das bestehende Versorgungsdefizit bei Tages- und Kurzzeitpflegeangeboten betont. Zur Reduzierung des Suchaufwandes wurde eine Kurzzeitpflegebörse angeregt. Diese Plattform könnte auch für andere Bereiche genutzt werden. Gute Erfahrungen bestehen hier laut Aussage im Landkreis Lindau.

Beim notwendigen Ausbau von Tagespflege- und Kurzzeitpflegeangeboten sind die Bedarfe der verschiedenen Zielgruppen zu berücksichtigen. Empfohlen wurde hier eine Differenzierung im Angebot. Die Versorgung von Menschen mit Behinderung muss in der Altersgruppe 65+ deutlich verbessert werden. Für die Tagespflege wurde ein Angebot von Schnuppertagen als attraktiv eingestuft.

Zur besseren Unterstützung von pflegenden Angehörigen und der Versorgung von Pflegebedürftigen wurden Konzepte auf Gemeindeebene (Quartierskonzepte) gefordert.

Im Bereich der Beratung wurde die Notwendigkeit einer frühzeitigen Beratung und Information gesehen und eine „Standardisierung“ von Beratungen angeregt.

Bei der Frage der Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Landkreis Oberallgäu wurde ein Abstimmungsbedarf mit der Fachstelle für pflegende Angehörige und deren anzustrebenden Ausbau gesehen.

Als Leitgedanken zum Handlungsfeld formuliert die Gruppe: „Information, Entlastung der Angehörigen verbessern – die Gesellschaft hat (hier) Fürsorgepflicht“.

2.3.4 Handlungsfeld Hospiz- und Palliativversorgung

Abschrift des Ergebnisplakats

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Stationäres Hospiz läuft gut 12 - 16 Plätze, 30 Personen aus dem Landkreis Oberallgäu (voriges Jahr) - Gute Zusammenarbeit zwischen Trägern und Einrichtungen - ambulante Hospizdienste, SAPV und stationär - Hospizvereine in den stationären Heimen werden gut akzeptiert, auch bei ambulanten Diensten - Ethikkommission kommt in die Einrichtungen → dies gibt Sicherheit dem Personal - Mitarbeiter zum Thema Palliativ schulen und aufklären Qualitätszirkel Palliativ Care - Es gibt strenge Aufnahmekriterien zur jeweiligen Inanspruchnahme - Kriterien für SAPV sind einschränkend - advanced care planning und beizeiten begleiten ist im Kommen - Hausärzte: Kooperationen werden besser
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Palliativversorgung in Kliniken ausbaufähig - Palliativ-medizinischer Dienst soll ausgebaut werden - Mentalität der Angehörigen: das steht mir zu, Leistungen buchen - Angehörige im Krankenhaus werden nicht immer akzeptiert, stören - palliativ wird immer mehr zum Label - man kann auch ohne SAPV sterben - stationäre Heime: erkennen der letzten Lebensphase als Herausforderung - allgemeine ambulante Palliativversorgung, keine adäquate Vergütung - Tourismus von Schwerkranken, Krankenhaus, Kurzzeitpflege, Pflegeheim, Hospiz → hohe Belastung - Palliativ Care Ausbildung, Mehrbelastung, wenig Anreize die Ausbildung zu machen - alt gewordene Menschen mit Behinderung und Menschen mit Behinderung → wenig Wertschätzung - Normalität Sterben und Tod wird nicht diskutiert
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Aufklärung bei geriatrischen Pflegesituationen, Patientenverfügung Betreuungsvollmacht (1 Punkt) - Letzte-Hilfe-Kurs für Angehörige (4 Punkte) - Patientenverfügung bei Aufnahme, bei ambulanten Diensten oder stationären Heimen - Schulungen der Ärzte auch um gute Anordnungen zu machen, Hinweis auf palliative Situation (6 Punkte) - Hausarzt soll auf Patientenverfügung hinweisen (2 Punkte) - Ärzte Schulen: Respekt vor dem Patientenwillen

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

Beim Thema Hospiz- und Palliativversorgung lobte die Gruppe die guten Angebotsstrukturen im Landkreis, deren Akteure sich ergänzen und gut zusammenarbeiten. In Kempten gibt es ein stationäres Hospiz, das aktuell umgebaut und für die Aufnahme von 16 Menschen in der letzten Lebensphase erweitert wurde. Die Zusammenarbeit zwischen den Anbietern von Hospiz und Palliativangeboten läuft gut. Die Mitarbeiter des Hospizvereins sind gerne in den stationären Heimen gesehen. Es gibt eine Ethikkommission, die in Heime geht und dort auch bei besonderen Situationen berät. Ebenso besteht ein Qualitätszirkel Palliativ Care. Es ist eine stetige Aufgabe, die Mitarbeiter zum Thema Palliativversorgung zu schulen und aufzuklären.

Die Kooperation mit den Hausärztinnen und Hausärzten hat sich in den letzten Jahren stetig verbessert. Ausbaufähig ist die Palliativversorgung in den Kliniken, hier soll ein Palliativmedizinischer Dienst aufgebaut werden. Bei der Palliativversorgung spielt auch die Mentalität der Angehörigen eine wichtige Rolle. Nicht selten haben sie Forderungen, die so nicht erfüllbar sind. Angehörige werden, wenn sie zu häufig im Krankenhaus sind, kritisch von den Mitarbeitern betrachtet, so ein Diskussionsteilnehmer.

Palliativversorgung wird immer mehr zum Markenzeichen,. Dabei darf nicht vergessen werden, dass auch außerhalb von Palliativversorgung eine gute Sterbebegleitung möglich ist.

Manchmal ist es für die Heime eine Herausforderung zu erkennen, wann die letzte Lebensphase beginnt und wann sie Hilfe erhalten können.

Es gibt einen „Tourismus“ von Schwerstkranken, die vom Krankenhaus in die Kurzzeitpflege, nach Hause und schließlich in ein stationäres Hospiz gelangen. Dieser Ablauf ist für die Einrichtungen wie auch für die Betroffenen und deren Angehörigen schwierig. Eine Herausforderung wird zudem in der Versorgung von alt gewordenen Menschen mit Behinderungen gesehen. Dahingehend wurde als Maßnahme die Aufklärung bei geriatrischen Pflegesituationen in Bezug auf Patientenverfügung und Betreuungsvollmacht oder Letzte-Hilfe-Kurse für Angehörige vorgeschlagen. Beispielsweise sollen Patientenverfügungen bei der Aufnahme in ambulante Dienste erstellt werden. Außerdem sollen Hausärztinnen und Hausärzte auf eine Patientenverfügung hinweisen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, Ärzte laufend zu der Thematik zu schulen, um respektvoll mit dem Patientenwillen umgehen zu können. Wichtig ist dabei der Hinweis auf eine palliative Situation.

2.4 Querschnittsthema

2.4.1 Handlungsfeld Vernetzung und interkommunale Zusammenarbeit

Abschrift des Ergebnisplakats:

Was läuft gut?	<ul style="list-style-type: none"> - Beispielgebend ist das Netzwerk Demenz - Selbsthilfe Gruppen funktionieren gut, Strukturen → Verträge - Vernetzung der Seniorenbeauftragten, aber auch Vernetzung von Familien-, Senioren-, und Behindertenbeauftragten
Hier besteht Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> - Es gibt viele Aufgaben der Kommunen, aber auch Eigenverantwortung (1 Punkt) - Auch: Thema Pflege ist wichtig auch für Kommunen, deshalb braucht es Ansprechpartner in den Kommunen vor Ort - Verantwortung der Kommune für die professionelle Unterstützung / nicht alleinig über die Seniorenbeauftragten - Gemeinden dürfen sich nicht auf Seniorenbeauftragte verlassen, sondern müssen sich kümmern (Themen - Alter, Pflege usw. müssen bei den Hauptamtlichen ankommen) - Ehrenamt wird einerseits professionalisiert, braucht aber auch professionelle Begleitung - Praktische Vernetzung (im Einzelfall) - Vernetzung auch zu Dritten / Außenstehenden - tolle Konzepte müssen (auch) umgesetzt werden - Vernetzung → man bringt was ein, bekommt auch etwas (2 Punkte)
Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Netzwerk ist die Plattform → themenbezogene Vernetzung initiieren - generationsübergreifende Netzwerke (3 Punkte) - Treiber, Kontakte (2 Punkte) - Schnittstellen zwischen Profis und Ehrenamt sind zu optimieren - Handreichung für kommunale Entscheidungsträger, beispielsweise Weitergabe des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes an die Kommunen und Informationsveranstaltungen (2 Punkte) in den Gemeinden (1 Punkt) - runder Tisch Pflege und Betreuung beziehungsweise Senioren (3 Punkte) - Förderung regionaler Netzwerke Paragraf 45 C Absatz 9 SGB 11 als mögliches Förderprogramm (1 Punkt) - Quartiersmanagement → Kommunale Förderung ist möglich (5 Punkte) - gute Informationen und wissen, wen es gibt →z. B. über Broschüren des Landkreises → dann kann Vernetzung gelingen - wenn ein gleiches Problem vorliegt, gelingt Vernetzung

Regionale Besonderheiten	<ul style="list-style-type: none"> - Es macht keinen Sinn, alle Bereiche kleinräumig zu denken, „ein Landkreis“ - keine festen Grenzen - Versorgungsbereiche, Grenzen stimmen nicht immer überein - Bei manchen Themen: Einzugsbereich macht Sinn → wie Tagespflege
Leitgedanke zum Handlungsfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Es gibt einen Handlungsdruck für Vernetzung und interkommunale Zusammenarbeit → Seniorenpolitisches Gesamtkonzept (1 Punkt) - Zusammenarbeit auch mit der Stadt Kempten

Darstellung von Schwerpunkten in der Diskussion

In der Diskussion wurde deutlich, dass es gute Beispiele von Vernetzung im Landkreis gibt, hierzu wurden das Netzwerk Demenz, aber auch die Selbsthilfegruppen genannt. Wichtig sind klare Strukturen oder Vereinbarungen und Verträge, in denen die Spielregeln von Vernetzung festgelegt sind. Als gutes Beispiel wurde die Verknüpfung der Seniorenbeauftragten benannt sowie die Treffen der Senioren-, Behinderten- und Familienbeauftragten. Jedoch mag es auch hier Verbesserungsbedarf geben.

In der Diskussion wurden die Schnittstellen zwischen professionellen Anbietern und Ehrenamt angesprochen. Das Ehrenamt wird demzufolge immer mehr professionalisiert. Es bedarf aber auch einer professionellen Begleitung Diese geschieht ebenfalls in einem Netzwerk. Auch die Kommunen haben viele Vernetzungsaufgaben. Es braucht Ansprechpartner, die mit den Akteuren vor Ort gut vernetzt sind und Verantwortung für die Belange älterer Bürgerinnen und Bürger übernehmen. Dies solle nicht ausschließlich Aufgabe der Seniorenbeauftragten sein, sondern muss auch von der kommunalen Spitze und dem Gemeinderat unterstützt werden.

In vielen Fällen sind für die Umsetzung innovativer Konzepte Kontakte und Zusammenarbeit notwendig. Vernetzung gelingt vor allem dann, wenn alle Seiten hiervon profitieren, war einhellige Meinung der Diskutierenden. Man bringt etwas ein, aber profitiert auch davon, hat also einen praktischen Nutzen.

Der „Runde-Tisch-Pflege-Betreuung“, bereits angeregt in der Arbeitsgruppe Pflege und Betreuung, wird von der Arbeitsgruppe als gute Sache bewertet.

Bei gelingender Vernetzung sind mehrere Ebenen zu beachten, möglicherweise sind auch flankierende Dienste oder Außenstehende einzubeziehen.

Das Quartiersmanagement ist ein gutes Beispiel für ein lokales Netzwerk, welches älteren Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt. Parallel ist eine Projektförderung durch das Staatsministerium möglich.

Auch das Seniorenpolitische Gesamtkonzept des Landkreises Oberallgäu wird wichtige Handlungsbereiche aufzeigen und Handreichungen für die kommunale Seniorenpolitik bieten. Vernetzung und insbesondere Weitergabe des Konzeptes an die Kommunen ist die Voraussetzung für eine zielgerichtete Umsetzung.. Dass es Handlungsdruck gibt, zeigen u.a. die Ergebnisse der Landkreisstatistik und der Bevölkerungsprognose sowie die aktuellen Pflegebedarfszahlen. In der Gruppe wurde diskutiert, wie Vernetzung gelingen kann. Es braucht eine Person, die sich kümmert, Kontakte herstellt und diese aufrecht hält.

Die Teilnehmenden sind der Meinung, dass Vernetzung vor allem dann gelingt, wenn ein gemeinsames Problem vorhanden sei, um gemeinsame Ziele besser zu erreichen.

In der Arbeitsgruppe wurden die sechs Versorgungsbereiche für den Landkreis Oberallgäu vorgestellt und besprochen. Obgleich es im Landkreis Oberallgäu regionale Besonderheiten gibt, mache es keinen Sinn, grundsätzlich kleinräumig zu denken und zu planen, so die Meinung der Gruppe. Das Bewusstsein, „ein Landkreis“ zu sein, solle hingegen gestärkt werden. Die Grenzen würden zudem nicht immer mit den Zuständigkeiten/Einzugsbereichen (z. B. der Dienste) übereinstimmen. Die Einteilung in Versorgungsbereiche könne in dem ein oder anderen Bereich aber durchaus sinnvoll sein: beispielsweise, um Angebote zu koordinieren und Versorgungssituationen festzustellen oder aber um kommunalübergreifende Strategien umzusetzen.

Leitgedanken zum Handlungsfeld: Es gibt einen Handlungsdruck, sich stärker zu vernetzen. Vernetzung wirkt sich positiv aus.

Herausgeber:

Landkreis Oberallgäu
Oberallgäuer Platz 2 - 87527 Sonthofen
seniorenamt@lra-oa.bayern.de
www.oberallgaeu.org